

Dokumentation

Transparenzgesetz Rheinland-Pfalz

Bürgerwerkstatt

am 21. März 2015 in Mainz

Bürgerwerkstatt zum Beteiligungsprozess Transparenzgesetz Rheinland-Pfalz

Zeitraumen	21. März 2015 von 10.30 bis 16.00 Uhr
Ort	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Festsaal
Programm	<ul style="list-style-type: none">• Begrüßung und Erläuterungen zum Vorgehen• Fachliche Einführung in das Thema• Podiumsdiskussion• Erste Tischdiskussion• Mittagspause• Zweite Tischdiskussion• Dritte Tischdiskussion• Kaffeepause• Vorstellung der erarbeiteten Ergebnisse• Übergabe der Ergebnisse und Verabschiedung
Referenten	<ul style="list-style-type: none">• Dr. Stefan Brink, Büro des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz• Erik Donner, Mitglied bei D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt e.V.• Clemens Hoch, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz• Dr. Rolf Meier, Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur RLP
Moderation	<ul style="list-style-type: none">• Moderation: Patricia Hölscher, SWR DASDING• Co-Moderation: Dr. Michael Wormer, IFOK GmbH
Anlagen zur Dokumentation	Anlage 1: Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger Anlage 2: Zusätzliche Beiträge von ideactive-online Anlage 3: Fachliche Einführung von Dr. Rolf Meier (separates Dokument)



Zum Hintergrund der Bürgerwerkstatt

Die Umsetzung des Transparenzgesetzes betrifft jeden in Rheinland-Pfalz. Vor allem die Bürgerinnen und Bürgern sollen mit der zukünftigen Transparenz-Plattform die Möglichkeit erhalten, rasch und einfach zu Informationen der Landesverwaltung zu gelangen. Indem sie diese Informationen nutzen und selbst dazu Rückmeldungen geben, können sie die Demokratie aktiv mitgestalten. Die Bürgerinnen und Bürger mit dem Angebot der Transparenz-Plattform zu erreichen und zum Mitmachen zu bewegen ist die Herausforderung, die die Umsetzung des Transparenzgesetzes in Zukunft mit sich bringt.

Die Bürgerwerkstatt am 21. März 2015 in Mainz bindet die Bürgerinnen und Bürger bereits während des Gesetzgebungsverfahrens ein und verfolgt dabei folgende Ziele:

- Information zum Transparenzgesetz und Antworten geben: Was kann das Transparenzgesetz leisten? Was bedeutet das für Rheinland-Pfalz? Was bedeutet das für mich als Bürgerin und Bürger?
- Hinweise und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zum Transparenzgesetz einholen: Welche Informationen sollen transparent gestellt werden? Was will ich als Bürgerin und Bürger wissen?
- Ideen zur Umsetzung einholen: Wie muss die Transparenz-Plattform gestaltet sein, damit sie Bürgerinnen und Bürgern den größten Nutzen bringt? Wie schafft es die Landesregierung, dass möglichst alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Plattform kennen und nutzen können?

Die Bürgerwerkstatt knüpft direkt an die Inhalte des Transparenzgesetzes an und behält dabei den Alltag der Bürgerinnen und Bürger im Blick. Als konkretes Ergebnis der Bürgerwerkstatt werden die folgenden Hinweise und Empfehlungen zum Transparenzgesetz und zur Plattform an die Landesregierung übergeben.

Hinweis vorab:

- Während der Veranstaltung hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit, über das Online-Tool *ideactive* mittels Smartphone, iPad o.ä. Fragen, Hinweise und Kommentare in die Veranstaltung einzubringen. Alle Rückmeldungen sind im Protokoll aufgeführt.
- Die Veranstaltung wurde per Livestream auf der Webseite www.transparenzgesetz.rlp.de übertragen.
- Ergänzende Kommentare zum Protokoll – insbesondere zu den Anregungen und Empfehlungen aus der vertieften Diskussion am Nachmittag – können im Rahmen der

Online-Kommentierung bis zum 14. April 2015 unter der Rubrik „Sonstiges: Weitere Anmerkungen und Stellungnahmen“ eingebracht werden. Bitte machen Sie dabei in Ihrem Kommentar deutlich, auf welche Veranstaltung und welche Stelle des Protokolls Sie sich beziehen. Direkter Link zur Rubrik „Sonstiges“:

<https://transparenzgesetz.rlp.de/transparenzrlp/de/home/archive/draftbill/46686/para/38>

Dokumentation der Veranstaltung

Die Veranstaltung beginnt mit dem Einspielen des Films, der erläutert, welchen Nutzen das Transparenzgesetz im Alltag der Menschen haben kann.

Link zum Film: <https://transparenzgesetz.rlp.de/ecm-politik/transparenzrlp/de/home/info/id/23>

1. Begrüßung durch Clemens Hoch

Staatssekretär Clemens Hoch, Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, begrüßt die Bürgerinnen und Bürger sowie die Referenten - auch im Namen von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem beim Gesetzesentwurf federführenden Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur. Er spricht allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Bürgerwerkstatt seinen herzlichen Dank für ihre Beteiligung und ihr Engagement aus. Herr Hoch weist darauf hin, dass die Landesregierung mit der Ergänzung eines formellen Gesetzgebungsverfahrens durch ein innovatives und freiwilliges Beteiligungsverfahren Neuland betritt und er sehr gespannt ist, welche Erkenntnisse auf diese Weise gewonnen werden können.

Herr Hoch verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, eine Vielzahl von Anregungen für die weitere Arbeit am Transparenzgesetz aus der heutigen Veranstaltung mitnehmen zu können. Nicht alle Anregungen können tatsächlich auch in das Gesetz einfließen, jedoch stellen sie in jedem Fall einen Mehrwert da.

Herr Hoch weist die Anwesenden auf die Möglichkeit zur Nutzung der Online-Plattform www.transparenzgesetz.rlp.de hin. Dort besteht bis zum 14. April 2015 die Möglichkeit, den Gesetzesentwurf online zu kommentieren. Er übergibt das Wort an die Moderatorin des heutigen Tages, Frau Patricia Hölscher von SWR DAsDING.

Frau Hölscher begrüßt die Anwesenden und fasst die Ziele des Workshops zusammen:

- Informationen zum Gesetzentwurf geben und Diskussion zu offenen Fragen
- Einholen von Hinweisen und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zum Gesetzentwurf und dessen Umsetzung und Kommunikation

Anschließend stellt sie den Ablauf der Veranstaltung vor (siehe Seite 1) und hebt noch einmal besonders hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger offen diskutieren sollen. Sie weist auf den Livestream zur Veranstaltung hin, in dem sich die Diskussionen von einem der fünf Tische

mitverfolgen lassen. Dann bittet sie die Bürgerinnen und Bürger zum gemeinsamen Gruppenfoto ins Foyer.

2. Warm-up

Als Einstieg in den heutigen Tag und zum gegenseitigen Kennlernen tauschen sich die Bürgerinnen und Bürger in einer Gesprächsrunde an ihren jeweiligen Tischen über ihre Motivation für die Teilnahme und ihre Erwartungshaltung mithilfe der Frage „Ich beteilige mich an der Erarbeitung des Transparenzgesetzes, weil...“ aus. Der Co-Moderator der Veranstaltung, Dr. Michael Wormer, präsentiert dem Plenum im Anschluss einige der Antworten in Form eines ersten Stimmungsbildes. Die gesammelten Ergebnisse der Tischrunde finden Sie [hier](#).

Frau Hölscher übergibt das Wort an Herrn Dr. Rolf Meier, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz zur fachlichen Einführung in das Thema.

3. Fachliche Einführung in das Thema

Herr Dr. Meier begrüßt die Teilnehmenden und bringt seine Vorfreude auf die Ergebnisse und Anregungen der heutigen Veranstaltung zum Ausdruck. Im Anschluss stellt er den Anwesenden die zentralen Inhalte des Gesetzesentwurfs im Überblick vor (siehe Anlage 03). Die Leitfrage seiner Einführung ist „Was haben Transparenzgesetz und Transparenz-Plattform mit Bürgerinnen und Bürgern zu tun?“

In seiner Einführung geht er insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Ziele des Transparenzgesetzes
- Die Transparenzpflichten
- Umsetzung des Transparenzgesetzes
- Inhalt des Transparenzgesetzes
 - zu veröffentlichende Inhalte
 - entgegenstehende Belange
 - transparenzpflichtige Stellen
 - Rechtslage für die Kommunen

4. Podiumsdiskussion

An die Einführung schließt sich ein moderiertes Gespräch an. Hierzu bittet Frau Hölscher neben Clemens Hoch und Dr. Rolf Meier auch Erik Donner, Zentrum für digitalen Fortschritt e.V., und Dr. Stefan Brink, Büro des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, zu sich nach vorne.

Die erste Frage „Gibt es eine Nachfrage nach einer Datenplattform?“ richtet sich an Herrn Hoch. In seiner Antwort verweist Herr Hoch auf den hohen täglichen Bedarf nach Informationen aller Art, den die Bürger bisher nur über private Kanäle decken können. Angesichts der großen Menge an von der Verwaltung generierten Daten sollten diese durch eine Vereinfachung des Zugangs besser nutzbar gemacht werden. Dafür sei die geplante Plattform die richtige Lösung. Herr Dr. Brink

ergänzt, dass es bisher etwa 1000 – 1500 Anfragen pro Jahr gibt und sich eine jährliche Verdopplung der Anfragen feststellen lässt. Durch eine Vereinfachung des Zugangs wird sich diese Nachfrage deutlich erhöhen.

Auf die Frage „Welchen Mehrwert bietet das Transparenzgesetz den Bürgerinnen und Bürgern?“ verweist Herr Donner auf Bürgerpflicht der Eigeninformation und der Kontrolle der Verwaltung. Das geplante Gesetz würde es den Bürgerinnen und Bürgern leichter machen, diesen Pflichten nachzukommen. Gleichzeitig seien gut informierte Bürger auch eine Voraussetzung jeder Demokratie. Zusätzlich, so Herr Donner weiter, würde das Transparenzgesetz es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, die von der Verwaltung generierten Daten und Informationen für sich privat nutzbar zu machen.

Im Kontext der Frage „Wie kann man das Transparenzgesetz bekannt machen?“ verleiht Herr Dr. Meier seiner Überzeugung Ausdruck, dass der derzeitige Beteiligungsprozess ein großes Potential hat, sowohl die Aufmerksamkeit für das Thema als auch die Arbeit am Gesetz selbst zu erhöhen.

In seiner Antwort auf die Frage nach dem Spannungsfeld von Transparenz vs. Datenschutz stellt Herr Dr. Brink klar, dass ein „gläserner“ Staat weder das Ziel des Gesetzesvorhabens ist noch langfristig das Ergebnis von mehr Transparenz sein sollte. Der Schutz der Daten Dritter, seien es Bürger oder Unternehmen, bliebe von einem Transparenzgesetz unberührt, so Herr Dr. Brink weiter.

Gestellte Fragen aus dem Plenum (über ideactive):

- Thema Datenschutz: Wer kontrolliert den Gebrauch der Daten? Wer kontrolliert den Prozess? Werden Persönlichkeitsrechte angetastet?
 - Herr Dr. Brink: Wenn Rechte von Dritten betroffen sind, wird deren Einverständnis für eine Weitergabe der Informationen eingeholt.
 - Herr Dr. Meier: Wenn keine Rechte von Dritten betroffen sind, bearbeitet die Verwaltung den Antrag selbstständig.
- Was kann das Gesetz an Kosten einsparen?
 - Herr Hoch: Es ist nicht das Ziel des Transparenzgesetzes, Kosteneinsparungen in der Verwaltung hinzubekommen, sondern einen Kulturwandel. Verwaltungshandeln soll effizient gestaltet werden.
- Entstehen Kosten für Kommunen?
 - Herr Hoch: Die Kommunen haben das Recht der Selbstverwaltung. Würde ihnen die Partizipation an der Plattform vorgeschrieben, hätten die Kommunen Anspruch auf Kompensation durch die Landesregierung. Eine solche kann sich diese jedoch, auch mit Blick auf die Schuldenbremse, nicht leisten.
- Werden die Landkreise auch vom Transparenzgesetz betroffen sein?
 - Herr Hoch: Die Landkreise gehören zu den Kommunen. Daher gilt auch für sie, dass sie durch das Transparenzgesetz keine Pflicht zur Veröffentlichung von Daten haben.
- Liegen schon Informationen vor, welche Kommunen sich beteiligen?

- Herr Meier: Transparenzgesetz ist noch nicht verabschiedet. Derzeit gibt es noch keine Informationen über die Kooperationsbereitschaft bestimmter Kommunen.
- Was geschieht mit dem heutigen Input?
 - Er wird gesichtet und in die 2. Ministerratsfassung eingearbeitet.

Im Anschluss an die Fragen aus dem Plenum bringen die Teilnehmer der Podiumsdiskussion ihre persönlichen Erwartungen an die heutige Veranstaltung zum Ausdruck:

- Herr Hoch erhofft sich, viel über die persönlichen Erwartungen und über die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger an das Transparenzgesetz zu erfahren.
- Herr Dr. Meier wünscht sich möglichst viele Rückmeldungen zum Bedarf und den gewünschten Informationsarten auf der Plattform. Außerdem hofft er, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrung mit dem Beteiligungsprozess weiterkommunizieren.
- Herr Dr. Brink erhofft sich ein klares Bild, was sich die Bürgerinnen und Bürger als potentielle Nutzer der Plattform von deren Umsetzung versprechen.
- Herr Donner bittet die Bürgerinnen und Bürger um eine klare Benennung der derzeitigen Stärken und Schwächen des Gesetzesentwurfs.

Weitere Fragen und Kommentare (über ideactive) zum Vortrag von Herrn Dr. Meier und zur Podiumsdiskussion, die nicht in die Diskussion eingegangen sind:

- Was kann das Gesetz einsparen? Gibt es hierbei Vereinfachung für Verwaltung und Bürger, was zu finanziellen Einsparungen führt? Frage: MUDA¹ - Verschwendung vermeiden
- Warum kann man ein Gesetz nicht in einfacher Sprache verfassen?
- Forschung und Lehre sollten nicht ausgenommen werden.
- Wer entscheidet über das "Schwärzen"? Wer überprüft die hundertprozentige Löschung von Daten?
- Fanden in den vorgestellten Punkten zum Transparenzgesetz auch schon Punkte aus dem letzten Workshop Berücksichtigung?
- Wer kontrolliert den Missbrauch der Daten? Wie kann deren Sicherheit gewahrt werden?
- Wo findet man die Präsentation(en) im Internet? Bereits auf der neuen Transparenzplattform?
- Ich möchte heute meine Fragen stellen können und keine Podiumsrunde sehen, die nur Allgemeinplätze bedient.
- Podiumsdiskussion ist gut und braucht man auch! Auch wenn mancher schon über alles informiert ist! Bitte weiter so!
- Werden die Kosten für die Kommunen von der Landesregierung übernommen?

¹ Anm.: Hier ist ggf. das japanische „MUDA“ gemeint: sinnlose Verschwendung, Nichtvorhandensein von Sinn

- „Recht am geistigen Eigentum“ als entgegenstehender Belang zeigt notwendigen Kulturwandel auch beim Urheberrecht.
- Generell anonymen/registrierungsfreien Zugang zur Bürgerwerkstatt ermöglichen.
- Domes wird seit 1995 als Standardsoftware in der Verwaltung getestet. Flächendeckend ist dies bei weitem nicht gelungen und verandert.
- Nun soll eine Einheitlichkeit geschaffen werden, woher kommt diese ZUVERSICHT und woher die Millionen, die dies erfordern? Insbesondere für die Kommunen?
- Hat das Transparenzgesetz Einfluss auf die Lehrplanerstellung für die Schulen?
- Kulturwandel kann langfristige Kostenersparnis bringen: kurze Dienstwege und Aktivierung ortskundiger Bürger verhindern das Verbrennen von öffentlichen Mitteln.
- Was tut die Landesregierung konkret dafür, dass sich möglichst viele Kommunen am Transparenzgesetz beteiligen?
- Ist die Verwaltung denn schon vorbereitet auf eine eventuelle Einmischung der Bürger? Bzw. wie kann man die Verwaltungskräfte pünktlich zur Verabschiedung des Gesetzes darauf vorbereiten?
- Werden langfristig durch die offenen Daten Kosten eingespart werden können? Welche positiven wirtschaftlichen Effekte werden erwartet durch neue Geschäftsmodelle für Startups etc.?
- Sind alle bisherigen Rechte nach Informationsfreiheitsgesetz / Umweltinformationsgesetz zukünftig im Transparenzgesetz enthalten? Oder fallen Rechte oder bestimmte Bereiche weg?
- Zum Filmeinspieler: Wie kommt die Familie zu ihren Antworten?
- Nachtrag zum Einspieler: Da geht es um kommunale Informationen.
- Gibt es eine Einführungsplanung?
- Kommunen sollen generell erst mal dazu gebracht werden, Informationen zu Verfügung zu stellen. Das wäre doch der erste Schritt, die Kommunen erst mal dazu zu bringen, bevor die Plattform erst mal geschaffen wird? Meine Kommune verweigert sich diesbezüglich sehr oft! Vorfälle zu Verwaltungsvorgängen und deren Rechtmäßigkeit werden fast regelmäßig blockiert.
- Warum sind gerade Bereiche wie der Verfassungsschutz von der Transparenzpflicht ausgenommen, wo es so dringend nötig wäre mehr "Licht ins Dunkel" zu bringen?
- Werden auch Daten/Akten transparent gemacht aus Bereichen, wo noch keine elektronische Akte existiert?
- Frage zu den Tools: Werden heutige Anregungen auch auf Mitmachplattform eingepflegt?

5. Erste Tischdiskussion: Chancen des Transparenzgesetzes?

Im Rahmen der ersten Tischdiskussion diskutieren die Bürgerinnen und Bürger die Frage „Welche Chancen sehen Sie für sich als Bürgerinnen und Bürger, wenn das Transparenzgesetz umgesetzt wird?“ an ihren jeweiligen Tischen. Alle Antworten und Anmerkungen finden Sie [hier](#).

Im Anschluss an die Mittagspause gibt Herr Dr. Wormer den Anwesenden einen kurzen Einblick in die bisherigen Ergebnisse der Diskussion und einen Einblick in die Funktionsweise von ideactive, das als Tool für die Dokumentation der Ergebnisse dient.

6. Zweite Tischdiskussion: Welche Daten? / Wie muss die Transparenzplattform aussehen?

Mit den Leitfragen „Welche Informationen sollen transparent gestellt werden? Was will ich als Bürger/in wissen?“ startet die zweite Tischdiskussion des heutigen Tages. Alle Antworten und Anmerkungen finden Sie [hier](#).

Im zweiten Teil der Diskussion befassen sie die Bürgerinnen und Bürger mit der Frage „Wie sollten die Informationen bereitgestellt werden?“ Alle Antworten und Anmerkungen zu dieser Frage finden Sie [hier](#).

7. Blitzlicht: Einblick in Tischdiskussionen

Gegen Ende der zweiten Diskussionsrunde bittet Frau Hölscher jeweils eine der Personen am Tisch, dem Plenum einen kurzen Einblick in den bisherigen Verlauf und die inhaltlichen Schwerpunkte der Diskussionen zu geben:

- Tisch 1 beschäftigt sich besonders mit der Herausforderung des Zugangs und der Verständlichkeit der Informationen auf der geplanten Plattform.
- An Tisch 2 liegt der Fokus im Moment auf der Frage der Transparenz von Geschäftsvorgängen der öffentlichen Hand, der Transparenz der Justiz, sowie den Anforderungen an die Gestaltung der Plattform selbst.
- Tisch 3 diskutiert gerade den Themenkomplex der „privat-public-partnerships“ und in diesem Kontext die Anforderungen an die Transparenz der PPP.
- Tisch 4 befasst sich mit der Frage der zu veröffentlichenden Daten und formuliert die Forderung, dass sowohl Landtagsabgeordnete als auch die Hochschulen eingeschlossen werden sollten.
- An Tisch 5 gliedert sich die Diskussion zu diesem Zeitpunkt in drei Bereiche. Erstens die Verständlichkeit der Informationen auf der Plattform, zweitens deren grafische Aufbereitung und drittens die Forderung nach einer Prozessorientierung der Darstellung der Verwaltungsarbeit.

Die vollständige Auflistung aller Antworten, Anregungen, Fragen und Hinweise aus der zweiten Diskussionsrunde finden Sie [hier](#).

8. Dritte Tischdiskussion: Kommunikation der Transparenz-Plattform

In der letzten Diskussionsrunde tauschen sich die Bürgerinnen und Bürger zu der Frage aus: Wie schafft es die Landesregierung, dass möglichst alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Transparenz-Plattform kennen und nutzen? Alle Antworten und Ideen finden Sie [hier](#).

9. Vorstellung der Ergebnisse

Für eine kurze Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der einzelnen Tische bittet Frau Hölscher die jeweiligen Tischsprecher nach vorne.

Tisch 1
<ul style="list-style-type: none">• Entscheidungs- und Planungsprozesse und politischer Hintergrund sollten öffentlich sein• Sprachbarrieren auf der geplanten Plattform vermeiden• Prozess nicht ausbremsen – Transparenz als Lernprozess
Tisch 2
<ul style="list-style-type: none">• Kommunen sollten mehr eingebunden werden - finanzielle Lage schließt Kommunen aus• Vergabepraktiken öffentlich machen – Verträge transparent vergeben• Sanktionsmöglichkeiten, um entsprechendes Verhalten der Verwaltung zu erzwingen
Tisch 3
<ul style="list-style-type: none">• Plattform in der Form eines Forums gestalten• Klärung der Frage nach den Folgekosten• Vergleichbarkeit der Daten zu Entscheidungen gewährleisten• Auch Kommunen einbinden• PPP-Maßnahmen – Berechnungen offenlegen / Privatisierung müssen im Vorfeld des Vollzugs bekanntgegeben werden
Tisch 4
<ul style="list-style-type: none">• Positive Wahrnehmung des Transparenzgesetzes, aber auch teilweise Ernüchterung• Verwertbarkeit Daten: Rohdaten zur Weiterbearbeitung, ohne Einschränkungen nutzbar, Lizenzierung einheitlich

Tisch 5

- Erwartungshaltung durch Transparenzgesetz wird Informationsbedarf auslösen - Erwartungen sollten nicht enttäuscht werden
- Alle Menschen sollen erreicht und angesprochen werden → Sog für Kommunen
- Inhaltliche Ausgestaltung: Wichtig, alle Bürger in ihren Bedürfnissen zu erreichen / dynamischer Prozess und hohe Aufmerksamkeit
- Kommunikation: Öffentliche Einrichtung, Kommunen, Multiplikatoren einbeziehen / offensive Medienarbeit notwendig / Evaluierung

Alle Ergebnisse der Tischgruppen finden sie ausführlich und in Gänze im Anhang.

Im Anschluss an die kurzen Zusammenfassungen der Tischsprecher/-innen dankt Herr Dr. Wormer allen Anwesenden für die Teilnahme an der Bürgerwerkstatt und ihr Engagement im Rahmen der heutigen Diskussionen.

10. Übergabe der Ergebnisse und Verabschiedung

Frau Hölscher verabschiedet sich von den Anwesenden und bedankt sich für die regen und ergebnisreichen Diskussionen. Dann bittet sie Frau Dr. Becker-Strunk, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, und Herrn Dr. Meier, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, nach vorne. Dort überreicht Herr Dr. Wormer beiden die gesammelten Empfehlungen des heutigen Tages.

Herr Dr. Meier dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihren umfangreichen Input und die vielen gute Ideen und Anregungen aus der heutigen Runde. Er habe festgestellt, dass einige Erklärungen und Erläuterungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens verständlicher gestaltet werden sollten, so Herr Dr. Meier weiter. Die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt werden nun gesichtet und im weiteren Gesetzgebungsprozess berücksichtigt.

Frau Becker-Strunk verabschiedet die Bürgerinnen und Bürger und dankt ihnen für ihr Engagement sowie für die vielen Hinweise und Anregungen:

„Sie haben uns etwas geschenkt, was man nicht kaufen kann: Einen Tag Ihre Zeit. Es war sehr interessant und wir haben viel gelernt. Danke für Ihre Anmerkungen und Ihren Einsatz. Teilen Sie uns auch noch im Nachgang weitere Punkte mit, die Ihnen wichtig sind. Insbesondere auch über die Online-Plattform.“

Anhang 1: Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger

1. Kennenlernen an den Tischen: „Ich beteilige mich an der Erarbeitung des Transparenzgesetzes, weil...“

- ...ich mich als Bürgerin einbringen möchte und aber auch dienstlich damit befasst bin.
- ...ich das Verfahren kennenlernen möchte und es interessant finde.
- ...ich mich informieren möchte, was das Transparenzgesetz enthält.
- ...ich befürchte dass es Missbrauch geben wird, weil Bürger zu viele Fragen stellen, zu viele Details wissen wollen und dass die Verwaltung dies nicht leisten kann.
- ...ich es für erforderlich halte.
- ...ich mich dafür interessiere, welche Daten bereitgestellt werden.
- ...mich interessiert, was sich in Zukunft in der Förderung des Ehrenamts tun wird.
- ...ich will, dass man Informationen bekommt von Behörden, von Verbandsgemeinde bis hin zur Landesbehörde, wenn man manche Details konkret wissen möchte.
- ...Transparenz als Voraussetzung für Beteiligung wichtig ist (und in Bürgerbeteiligung münden soll).
- ...ich konkrete Vorstellungen zur Transparenz habe, die ich einbringen möchte.
- ...ich skeptisch bin, wie die Kostenfrage geregelt sein soll und ich das Gefühl habe, dass diese Kosten und Folgekosten nicht transparent sind.
- ...sich Bürger besser in politische Gestaltungsprozesse einbringen können sollen.
- ...ich Einfluss nehmen möchte, dass ein bestehendes Gesetz, wenn es nicht beachtet wird, von den Verwaltungen nur schwer sanktioniert werden kann.
- ...ich daran interessiert bin, was mit Kindergärten, Ganztageschulen passiert - und welche Rolle Transparenz hierbei spielt.
- ...es mir besonders wichtig ist, auch auf kommunaler Ebene Informationen zu erhalten.
- ...mich interessiert, was andere vom Transparenzgesetz halten und erwarten.
- ...es für die Zukunft die Informationsquelle wird.
- ...ich die Einladung erhalten habe und diese gerne annehme und ich mir erhoffe, dass die Auskünfte verbessert werden.

- ...an einem Gesetz mitwirken zu können um den Prozess dahinter zu verstehen und dass auch andere das Gesetz verstehen, dafür ist die Methode wichtig, um zu verstehen wie Transparenz entsteht.
- ...meine Mutter mich mitgebracht hat und weil es interessant ist mitzukriegen, wie ein Gesetz entsteht.
- ...ich ein neugieriger Mensch bin und mich für das Gesetz und was da wirklich daraus wird interessiere.
- ...ich mich dafür interessiere und weil es gut sich einzubringen, und mitzuwirken, sich nicht erst nachher beschweren.
- ...weil alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, und weil das Gesetz für die Verwaltung und die Exekutive etwas mehr Offenheit bringt.
- ...das Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung ist, die Bevölkerung zu beteiligen.
- ...ich diesen anstehenden Kulturwandel für überfällig halte (Bringschuld der Landesregierung) und ich kritisch und konstruktiv daran mitwirken möchte.
- ...ich erfragen möchte, wo die Grenzen des Transparenzgesetzes liegen, z.B. im Bereich Datenschutz - sollen alle Daten weitergereicht werden?
- ...ich Sprecher von Mehr Demokratie e.V. RLP bin und wir den Entwurf in HH mitinitiiert haben und uns freuen, dass RLP es aufgreift. Deshalb bringen wir uns hier ein.
- ...ich mich demokratisch einbringen möchte. Insbesondere weil mir auch wichtig ist, dass sich mehr Frauen in politische Prozesse einbringen.
- ...ich befürchte, dass das TG sehr stark aufgebläht wird und zusätzlich Personal gebraucht wird, weil man zu viele Infos hineingibt, z.B. diverse Pläne. Dadurch könnte Missbrauch möglich sein, weil Informationen zur Verfügung gestellt werden, die nicht für alle gedacht sind.
- ...ich erfahren möchte, welche Rolle eine Plattform beim Thema Demografischer Wandel spielt.
- ...ich als Vereinsmensch interessiert bin. Was können wir daraus für Nutzen ziehen? was können wir einbringen?
- ...ich mich für die Hoffnungen und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger interessiere.
- ...diese Vorhaben endlich angegangen und Daten für Bürgerinnen und Bürger leichter zugänglich gemacht werden müssen.
- ...ich erfahren möchte, welche Relevanz das Gesetz insbesondere für den Kulturbereich hat.

- ...ich auch politisch sehr aktiv bin und mich für diesen Prozess interessiere. Außerdem möchte ich hören, wie transparent sich die aktuelle Landesregierung zeigt.
- ...für mich Transparenz ein wichtiger Teil für Demokratie ist. Alle Infos, die der Staat hat, sollen allen Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Sie sollen mitdenken, mithandeln. Bürgerinnen und Bürger haben dafür bezahlt. Ich glaube, dass dadurch Kosten gespart werden können. Ich verspreche mir auch wirtschaftliche Vorteile, wenn Unternehmen, insbesondere start-ups, diese Informationen kostenfrei erhalten, um Geschäftsmodelle usw. entwickeln zu können.
- ...ich neugierig auf die Methodik Bürgerbeteiligung bin.
- ...ich mich dafür interessiere, was das Gesetz für die Verwaltung bedeutet (bspw. Schulungen etc.).
- ...ich hier Aktionismus sehe, ohne eine Lösung, wie dieser finanziert werden sollte. Mir fehlt das konkrete Vorgehen zur Umsetzung.
- ...eine Informationsgrundlage unabdingbar ist, um sich beteiligen zu können. Durch Digitalisierung können Informationen zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte zuhören, was die Beteiligten äußern.
- ...ich herausfinden möchte, inwiefern das neue Gesetz / die Plattform auch eine Erleichterung für die Verwaltung bieten kann.
- ...ich meine Kritik am Transparenzgesetz äußern möchte
- ...ich das Spannungsfeld zwischen Informationsanspruch und Datenschutz diskutieren möchte.
- ...ich mich dafür interessiere, welche neuen Arbeitswege durch das Gesetz und die Plattform entstehen.
- ...ich mich durch das Gesetz (und darüber hinaus) aktiv beteiligen möchte.

2. Welche Chancen sehen Sie für sich als Bürgerinnen und Bürger, wenn das Transparenzgesetz umgesetzt wird?

Kommunen ins Transparenzgesetz einbeziehen bzw. kommunale Informationen anderweitig transparent machen - denn sie profitieren auch

- Es ist ein erster Anfang, aber da es den kommunalen Bereich nicht betreffen wird, sehe ich hier Probleme.
- Bin jetzt etwas verunsichert, weil die Kommunen draußen sind, die Kommunalpolitik ist ja gerade interessant für mich als Bürgerin.
- Die Kommunen führen Ratsinformationssysteme ein. Wenn die Landesregierung dafür die nötigen Schnittstellen bereitstellt, können die Kommunen darüber einfach ihre bestehenden Informationen und Datensätze zur Verfügung stellen.
- Zukünftig könnten dann beispielsweise Protokolle der Verwaltung zu Bauleitplanungen etc. offen gelegt werden.
- Daseinsvorsorge interessiert die Bürger am meisten - wichtig ist daher, dass deutlich wird, welche Kommune bereits mitmacht beim TG. Das bewegt mich als Frage, wie kann es gehen, dass die Kommunen mitmachen.
- Ich möchte gerne wissen, welche Interessen dahinter stehen, wenn eine Kommune sich entscheidet, ein Frauenbüro einzurichten (Hinweis: es gibt dafür eine gesetzliche Verpflichtung).
- Anmerkung: Chance, dass Kommunen an Bord genommen werden - Andere Meinung: Wen interessiert es in Mainz, was die Kommune in Pirmasens macht? Idee: Verlinkung von kommunalen Angeboten und Landesplattform
- Chance für Kommune: Informationen der Landesregierung werden sichtbar.
- Anliegen: die Kommunen zu verpflichten, dass Infos auf eigener Homepage bereitgestellt werden (Hinweis: auch das kostet das Geld).
- Es kann nur funktionieren, wenn die Kommunen einbezogen werden.
- Verwaltungen profitieren: Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen läuft besser.
- Auch die Kommunen beteiligen sich so umfassend wie möglich an der Umsetzung des Transparenzgesetzes, beispielsweise durch eigene Transparenzsatzen.
- In der Umsetzung des Gesetzes sollten die Kommunen ganz vorne stehen.
- Die Chance ist, dass transparente Datenhaltung der Verwaltung selbstverständlich sein sollte.

- Wir müssen die Kommunen einbeziehen, es muss von unten her die Transparenz geschaffen und der Zugang ermöglicht werden - auch die Schnittstellen. Die Kommunen brauchen Hilfestellungen, wie sie handeln können, wie sich anschließen können. Personelle Schulung / Weiterbildung, wie das gehandhabt werden kann. Die Kommunen müssen / sollen Ressourcen dafür einplanen.

Bürger/innen einbinden und deren Knowhow nutzen

- Bürger können sich mehr identifizieren und sich als sachkundiger/ortskundiger Bürger in Entscheidungen einbringen.
- Das Wissen / Sachkunde der Bürger kann genutzt werden - zu Engagement / Mitwirkung bei konkreten Fragestellungen ermutigen.
- Gesetz kann Landesregierung die Möglichkeit bieten, eigene Informationen solider zu machen.
- Der Feedbackgedanke ist wichtig: Die Bürger tragen zur Verbesserung der Qualität von Entscheidungen bei.
- Es bietet die Chance, Fehler und falsche Bezeichnungen schneller zu entdecken. Gleichzeitig können Fehler / falsche Daten in einem Plan schneller verbreitet werden. Wie können Sicherheitsschritte aussehen?
- Könnte eine Chance für direkte, wirkungsvolle Bürgerbeteiligungsform werden.

Politik wird öffentlich sichtbar - und findet nicht mehr hinter verschlossenen Türen statt

- Es wird keine öffentlichkeitsscheue Politik mehr betrieben, hier sehe ich schon eine Chance. Es scheint, dass die Politik sich vielfach nicht in die Karten schauen lassen möchte.

Alltag vereinfachen durch Bündelung von Informationen und einfachem Zugang dazu

- alltägliche Chancen: Informationen bündeln z.B. Trainingszeiten von Vereinen o.a.
- Leichter / zentraler Zugang zu Informationen - Dabei dennoch die Frage: Wie erreichen wir ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger?
- Informationen können gefunden werden. Die Frage allerdings: Wie werden die Informationen aufbereitet? (Bsp.: Mediatheken, Google) - Stichwort Usability.
- Verwaltungsinformationen werden für Bürger/innen leicht zu durchsuchen und abzurufen, ohne lange komplizierte Beantragungsverfahren und hohe formelle Hürden.
- Beispiel: Ältere Menschen finden schnell 24-Stunden-Unterstützung, da sie schnellen Zugang zu Informationen haben.

- Bürgerinnen und Bürger können nachvollziehen und recherchieren bei Angelegenheiten, welche sie besonders interessieren. Beispiel: Ich will eine Bürgerinitiative gründen zu einem Infrastrukturvorhaben und dann kann man sich selbst zum Experten machen. Das soll das TG erleichtern. Und: es muss auf die kommunale Ebene.
- dass ich durch das TG einen Überblick bekomme, welche Daten es überhaupt gibt.

Wirtschaftliche Chancen - Auch Unternehmen sollten die Chancen erkennen, die das Transparenzgesetz bietet

- Es wird noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein, dass auch die Unternehmen von dem TG profitieren werden, sie profitieren genauso stark wie die Bürgerinnen und Bürgern. Die Kammern haben die Chancen des TG noch nicht erkannt.
- Ich bin verwundert, dass die Unternehmensverbände vor allem die Risiken sehen und weniger die Vorteile, dabei könnten sie voneinander lernen, wie Probleme gelöst werden können -> Das wäre eine Chance für Unternehmen.
- Ich kann als Bürger selbst die Daten verwenden und weiter bearbeiten, z. B. Programme schreiben, die diese Daten auswerten.

Die Umsetzung des Gesetzes muss erfolgen - erst dadurch ergeben sich die Chancen/werden sichtbar - nicht durch Bedenken die Umsetzung ausbremsen

- Ich sehe nicht, dass das Transparenzgesetz umgesetzt wird, daher sollte die Frage im Konjunktiv gestellt werden.
- Die Chancen werden dann richtig spürbar, wenn es umgesetzt wird, das sind Riesenchancen. Man merkt, was durch die Freigabe von Metadaten alles möglich wird.
- Ich schlage vor, dass man sich nicht zu früh einschränkt und Sorgen über den Missbrauch macht.
- Ich denke, dass man mit der Umsetzung die Erfolge sehen wird und dass es jetzt nicht darum geht, die Bedenken in den Vordergrund zu stellen, sondern die Chancen.
- Wichtig: Erst mal einführen und dann Erfahrungen sammeln, weil man dann sieht, wie es läuft (Erfahrungen sammeln statt vorher versuchen, alle Bedenken auszuräumen).

Kulturwandel in der Verwaltung wird beschleunigt durch das Gesetz

- Wenn das Gesetz kommen sollte, so sehe ich schon, dass es einen "erzieherischen Auftrag" erfüllen könnte. Dieser hätte zwei Aspekte: In der Verwaltung wird sich die interne Kommunikation ändern, da immer das Risiko besteht, dass von außen Einblick genommen werden könnte.

- Im Transparenzgesetz liegt die Chance, dass Verwaltungshandeln positiv beeinflusst wird.
- E-Akte könnte letztendlich günstiger sein und den Verwaltungen einen Schub geben.
- Die Verwaltung gibt sich schon Mühe, transparent zu sein. Aber die Informationen sind teilweise einfach nicht vorhanden.

Überblick darüber, wie viel Finanzmittel in welche Bereiche fließen

- Chance: Übersicht darüber, wie viel Geld in soziale Zwecke gesteckt wird.
- Die Folgekosten von Projekten sollten zukünftig transparent zur Verfügung gestellt werden.
- Abschaffung und Reduzierung von Mischfinanzierung (Bund/Länder/Gemeinden) wäre wünschenswert.

Position des Bürgers wird gestärkt und er kann Entscheidungen leichter nachvollziehen

- Es stärkt die Position des Bürgers gegenüber dem Staat.
- Bürger können Entscheidungen nachvollziehen.
- Auch zur Ablehnung von Anträgen in politik- und verwaltungsinternen Prozessen gibt es eine detaillierte Begründung.
- Das Gesetz könnte einen Aufforderungscharakter entfalten und Politikverdrossenheit überwinden.
- Wenn wir es schaffen, die Sensibilität der Verwaltung und der Regierung zu schärfen, dass es in Zukunft keine per Ordre de Mufti mehr gibt. Nicht mehr geben darf es, dass die Verwaltung sagt, wir dürfen alles, der Bürger darf nur zahlen.

Umfassende Transparenz ist notwendig! - z.B. auch Prozess- und Hintergrundinfos

- Ich sehe eine Gefahr, dass viele Aspekte in den nicht öffentlichen Bereich geschoben werden und dann nicht transparent sind. Dies muss zwingend regelmäßig geprüft werden.
- Bedarf an Informationen wird steigen, neue Forderungen werden kommen.
- Transparenz ist ein Schritt in die Erfüllung von Erwartungen nach Informationszugang. Herausforderung: Aufbereitung der Inhalte.
- Nicht nur finale Ergebnisse werden zugänglich, sondern auch Prozessinformationen und Zwischenergebnisse (schon während des Verfahrens und nicht erst im Nachhinein).
- Auch Hintergrundinformationen zu Prozessen und Entscheidungen werden zugänglich.

- Eine Steigerung der Transparenz wäre sinnvoller, als ein Transparenzgesetz zu verabschieden, das doch nicht umfassende Transparenz zeigt, da so viele Daten ausgeschlossen sind.
- Das Transparenzgesetz schafft einen gläsernen Staat. Das ist ein wünschenswertes Ziel! Die Abgrenzung zum transparenten Staat halte [ich für eine] Abwägung.
- Nichts darf auf Dauer intransparent sein. Aber es darf in Ausnahmefällen Zeithorizonte geben, in denen sich in geschlossenen Räumen Entscheidungsprozesse abspielen dürfen.
- Geheimhaltung in der Verbandsgemeinde darf nicht mehr oberste Priorität haben.

Verbesserung der Infrastruktur und Anreiz für Nutzung neuer Technologien

- Anmerkung: Es muss Interesse / der Anreiz bestehen, sich mit neuer Technologie auseinanderzusetzen.
- Internet kann in kleine Kommunen gebracht werden, weil es im Interesse des Landes ist, das Transparenzgesetz bekannt zu machen / die Plattform zugänglich zu machen.

Chancen nutzen durch Orientierung an Best Practice Beispielen

- Man könnte sich ein Beispiel an der Wirtschaft (bspw. börsennotierten Unternehmen) nehmen. Also zwischen einem Pflicht- und Nichtpflichtteil von Datensätzen unterscheiden. Dies könnte auch zu Kostenreduktionen führen.

Kontrollmöglichkeit

- Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sollten vermieden werden.
- "Vetternwirtschaft" könnte zukünftig besser unterbunden werden.

3. Welche Informationen sollen transparent gestellt werden? Was will ich als Bürger/in wissen?

Landesplanung

- Der aktuell bestehende Landesentwicklungsplan.
- Alle Geodaten (Rohdaten), die das Land hat / generiert.
- Daten der Sozialraumanalyse integrieren (auf Landesebene).
- Pläne zu Bau- und Infrastrukturvorhaben der Landesregierung.

Ausführlichere/umfassendere Organisationspläne, Personalschlüssel, Stellenbesetzungen und Nebentätigkeiten

- Antwort auf die Frage: Wer ist in welchem Ministerium für was zuständig? (Über Bezeichnungen auf Organisationsplänen hinaus gehend).
- Als Bürgerin möchte ich wissen, wie die Abgeordneten des Landtags präsent sind, wann sie bei welchen Sitzungen anwesend sind, welche Einkünfte / Nebeneinkünfte sie haben.
- Stellenbesetzungsverfahren: Welche Stellen sind offen, werden wann neu besetzt, wann und wo erfolgt die Ausschreibung.
- Personalschlüssel aller Behörden und Ämter, pro Abteilung, vom Innenministerium bis Kindergarten. (die Bewertung der Zahlen allein wird auch kritisch gesehen)

Informationen so frühzeitig und umfassend wie möglich - also schon im Entwicklungs- bzw. Entscheidungsprozess - zur Verfügung stellen

- In wenigen Jahren wird es normal sein, dass Bürger/innen bei Gesetzesvorhaben beteiligt werden, das schränkt Klagebedarf u.a. ein -> daher: alle Informationen, die die Entstehungsphase eines Gesetzes einsehen können (Entwürfe von Ministerien o.ä.), um in einer frühen Phase Einblick in die Entstehung zu erhalten, auch wenn es noch nicht endgültig ist.
- "Endgültiger Charakter" ist etwas schwierig zu definieren - wann ist eine Erkenntnis wirklich endgültig ... dann besteht ja kein Gestaltungsspielraum mehr. Daher: berücksichtigen, was für Bürger bereits zu einem früheren Zeitpunkt wichtig ist.
- "Endgültigkeit" versus Aktualität und damit Relevanz der Daten beachten.
- So viele Themenbereiche wie möglich sollten auf der Transparenz-Plattform auftauchen.
- Wichtig ist die Nachvollziehbarkeit, daher auch Entwürfe und den Prozess der Entscheidung und was dabei passiert, weshalb was wie gestaltet, entschieden wurde - relativ früh, damit erkennbar wird, wie und wieso sich ein Vorgang verändert.
- Wünsche mir Transparenz für Planfeststellungsverfahren und bauliche Vorhaben: Sollen bereits im Vorfeld, wenn die Planungen losgehen, transparent werden, damit sich dann jede/r damit auseinandersetzen kann.
- "Alles" - bezogen auf Entscheidungsprozesse der Landesregierung.
- Problem/Hinweis: Es kann durch sehr frühe Information auch etwas im Keim erstickt werden, was vielleicht noch nicht gut ist, aber gut werden könnte ... d.h. TG kann auch ein Hindernis sein für Ideen. "Man muss auch Gedanken aussprechen können, ohne dass sie gleich veröffentlicht werden".

Informationen zu Entscheidungsprozessen, z.B. zu Privatisierungsprozessen

- Informationen zu Privatisierungsprozessen im öffentlichen Bereich (z.B. bei Krankenhäusern, ÖPNV, Wasserversorgung o. ä.) Problem: Hier darf der Verhinderungsgrund "Geschäftsgeheimnis" nicht alles verhindern. Möglicher Ansatz: Geheimhaltung nur für gewissen Zeitraum, danach Veröffentlichung.
- Grundlagen für Entscheidungen sollten nachvollzogen werden.

Ausschreibungen, Verträge mit Privatunternehmen und Informationen zu PPP

- Daten zu Öffentlich-privaten Partnerschaften sollten zugänglich gemacht werden.
- Kostenberechnungen zu PPP sollten transparent offengelegt werden, um einschätzen zu können, ob diese attraktiv sind.
- Alle Verträge mit Privatunternehmen. (Anmerkung: Das ist vorher bekannt, Unternehmen können dann entscheiden, ob sie unter der Bedingung Verträge mit der öffentlichen Hand eingehen).
- Öffentliche Ausschreibungen, die vom Land ausgehen.
- Vergabekriterien für Bauaufträge sind eine wichtige Lernmöglichkeit für Unternehmen, um zu erkennen wo sie noch besser werden können, welche Kriterien angelegt wurden und wo sie noch nachlegen können.
- Alternativvorschläge (inklusive Kostenübersichten) sollten ersichtlich sein, ebenso, wie die Argumente für eine Entscheidung gegen diese Optionen.
- Alle Ausschreibungsverfahren der öffentlichen Hand und der Beschluss dazu sind zu veröffentlichen. Welche Schulungen für Ratsmitglieder gibt es dazu?

Haushalt, Finanzen und Förderung

- Der Bereich Hochschulverwaltung sollte öffentlich sein. Zum Beispiel: Wie viel Budget für Infrastruktur (PCs) / Personalstruktur. Als Beispiel: 30 Millionen Euro sind frei geworden, weil der Bund das Bafög übernommen hat. Wo sind diese 30 Millionen hingeflossen?
- Wer trägt die Kosten? Welche Kostenstelle ist betroffen? Was zahlt der Bürger? Wer zahlt die Folgekosten (hier Beispiel Kunsthalle Mainz).
- Wichtig ist, dass die Vergabe von Finanzmittel für den Bürger verständlich eingestellt wird, z.B. als Visualisierung. Wichtig sind die Original- bzw. Roh-Daten.
- Die Berechnungsgrundlagen sollten offengelegt werden.
- Wie können die Ortsgemeinde oder das Land die Kosten abschreiben? Dies sollte auch deutlich werden.

- Die Struktur der Gegenfinanzierung von Projekten sollte offengelegt werden.
- Wo findet Regionalförderung statt?
- Alle haushaltsrelevanten Informationen.
- Budgetäre Prioritäten sollten deutlich werden.
- Eine saubere Strukturanalyse der zukünftigen Kosten sollte enthalten sein (Pensionsansprüche etc.).
- Es sollte verstärkt Fördermittel für den ländlichen Raum geben.
- Übersichtliche Aufbereitung und Darstellung von Verteilungsschlüsseln, damit der Haushalt besser verstanden (und hinterfragt) werden kann.
- Verteilung der finanziellen Mittel für Flüchtlinge deutlich machen.
- Übersicht zu Rückstellungen, Erhaltungsmaßnahmen für Infrastrukturmaßnahmen. Hierzu Transparenz zu Einnahmen und Ausgaben und ggf. Zweckentfremdung.

Kommunale Inhalte und Daten zu städtischen Gesellschaften und Beteiligungen

- Kommunale Inhalte: Bebauungsplan.
- Daten der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen.

Informationen zu Infrastruktur und kommunalen Angeboten

- Übersicht über Infrastruktur im weitesten Raum: Krankenhäuser, Schulen etc..
- Informationen, aus denen heraus die Attraktivität eines Ortes abgeleitet werden kann: z.B. ÖPNV, Schulen, Kindergärten, Mietspiegel, Freizeitangebote, Kinder- und Erwachsenenbildung.
- Transparente Planung der Daseinsvorsorge für den Bürger.
- Informationen zum Breitbandausbau: Welche Gemeinden sind wie angeschlossen, wo stehen Hotspots, öffentliches WLAN zur Verfügung.

Informationen zu Gerichts- und Strafverfahren sowie aus dem Bereich Verfassungsschutz

- Einfach zugängliche Informationen zu Ergebnissen von landesrelevanten Verwaltungsgerichtsverhandlungen.
- Verteilung von Strafgeldern an Institutionen (Vergabe durch Richter).

- Daten aus dem Bereich des Verfassungsschutzes (s. NSU). Dieser Bereich gehört beleuchtet. Information zu Organisationsplänen, z. B. Finanzierung / Budgets für Informanten.
- Vergabe von Aufträgen an Gutachter durch Gerichte.
- Informationen zu Ehrenamt, Vereinen, Vielfalt und Möglichkeiten zur Beteiligung
- "Bürgerin": Vielfalt und Bandbreite der Menschen beachten...
- Informationen sichtbar machen, heißt auch Wertschätzung zu vermitteln: Was passiert auf kommunaler Ebene an sozialem Engagement / ehrenamtlichem Engagement?
- Daten und Informationen zu Familie, Senioren, Ehrenamt: Angebote, Organisationen, Gesetzgebung,
- Informationen, die Ehrenamt auf allen Ebenen sichtbar machen.
- Alles, was mich als Bürger betrifft (sortierbar nach Alter, Bevölkerungsgruppe, Wohnort, usw.).
- Vereine zentral zusammenfassen (Stw. Vereinsdatenbank) - Anregung: Zusammenführung bereits bestehenden Vereinsregister.
- Bedarf an Übersicht über alle Projekte mit Ehrenamtsbezug auf Ministeriumsebene (inkl. Staatskanzlei).

Rahmenbedingungen und Maßnahmen zur Optimierung der Daten

- Wichtig: Aktualität der Informationen, müssen dauerhaft gepflegt werden.
- Cui bono - Wer hat etwas davon?
- Idee: Zunächst das bereitstellen, was verpflichtend ist, und dann auf Lücken hinweisen - diese anschließend füllen.
- Querverbindungen aufzeigen: Was passiert auf anderen Ebenen? Bundesebene, Europäische Ebene, Initiativen.
- Arbeitspapier nimmt bereits 95% aller wichtigen Punkte auf. Knackpunkt: Wie tief geht man rein und ist das leistbar, damit Verständlichkeit gegeben ist?
- Als Bürger möchte ich die Sicherheit haben, dass ich die Daten einfordern kann. Einzelne Bürger können es sich nicht leisten, Daten, die verweigert werden, einzuklagen. Es braucht eine Schiedsgericht / Rechtsunterstützung.
- Informationen von anderen Seiten verbinden (Stichwort: Schnittstellen).

- Anmerkung: Geschlecht soll keine Rolle in der Politik spielen. Demnach auch kein Kriterium zur Datenbankabfrage (am Tisch kontrovers diskutiert).
- Ich als Bürger möchte auch Daten vergleichen können (bspw. auch mit Daten/mit dem Vorgehen aus anderen Bundesländern).

Rechtsverordnungen und Prüfberichte

- Offenlegung aller Daten im Zusammenhang mit genmanipulierten Pflanzen und Lebensmitteln.
- Die Prüfberichte von den Lebensmittelbehörden, z. B. welche Gaststätten wurden mit welchen Ergebnissen überprüft.

Informationen zu Vorhaben und Projekten der Landesregierung sowie zu deren aktuellen Stand

- Abgleich von Regierungsprogrammen / Koalitionsverträgen: Welche Vorhaben bestehen? Daraus leiten sich benötigte Informationen ab (Suchprogramm für Legislaturperiode); UPDATE zu Regierungsprogramm: Es geht um eine Analysemöglichkeit, bei der eine Verlinkung von Aspekten aus dem Programm auf die zuständigen Stellen erfolgt
- Welche Projekte werden auf Landesebene bearbeitet? Ausschreibungen, Förderprojekte, ...

4. Wie sollten die Informationen bereitgestellt werden?

Barrierefreiheit der Inhalte

- Die Transparenz-Plattform muss barrierefrei und für alle Nutzergruppen gut und übersichtlich sein.
- Vorschlag für Transparenz in der multikulturellen Gesellschaft: nicht alles übersetzen, aber auf Anfrage.
- Groß- und Kleinstellen können, Barrierefreiheit.
- Barrierefreie Aufbereitung der Inhalte.
- Barrierefreiheit: Dokumente für Menschen mit Sehbehinderung aufbereiten.
- Barrierefreier Zugang zu allen Daten.

Differenzierte Aufbereitung für unterschiedliche Zielgruppen

- Wunsch, dass die Daten differenziert für verschiedenen Zielgruppen aufbereitet / zugänglich sind ("Profis" und Laien).

- Mehrsprachige Aufbereitung von Inhalten / Übersetzungsmöglichkeiten von deutschen Dokumenten.

Anforderung an Suchfunktion und das Auffinden von Daten, Abo-Funktion

- Beispiel: Alle Zuwendungsbescheide für einen Ort (als Tabelle) mit einem Link zu dem jeweiligen Zuwendungsbescheid.
- Daten müssen gefunden werden, ohne dass sofort auch das Schlagwort hierzu bekannt ist.
- Die Seite muss eine intelligente Suchfunktion enthalten.
- Synonyme für Begriffe.
- Verschlagwortung, Meta-Tags.
- Suchmaschine in Google-Qualität: Informationen müssen schnell auffindbar sein.
- Gute Suchfunktion entscheidend für die Nutzbarkeit aller Daten. Verschlagwortung von Dokumenten mit Schlüsselwörtern zur besseren Eingrenzung der Informationen und Auswirkungen auf verschiedene Gruppen von Bürger/innen.
- Filterfunktion zur Navigation: Vorgegebene Schlagworte, Zeiträume festlegen, Behörden.
- Filterfunktion: Was genau suche ich? Gesetzestexte, Behörde, Thema.
- Geografischer Filter (Landesebene, bestimmte Kommunen etc.).
- Abonnieren ermöglichen bei bestimmten Sachverhalten (bspw. Umweltdaten), wenn Aktualisierungen vorliegen - auf verschiedenen Ebenen ("Wasserqualität" bis "Umwelt").
- Vorbild an der Usability von Google nehmen ("Das kennen viele Leute und können es intuitiv benutzen").
- Filtermöglichkeiten einrichten (Region, Größenordnungen etc.), damit Menschen Antworten auf ihre Fragen finden können.
- Thematisch sortieren nach Rubriken
- Detailtiefe einstellen/einschränken können --> von Grundlagen bis Details und Rohdaten.
- Suchregister.

Einfache Sprache, intuitive Bedienung und Hilfe-Funktion

- Wunsch: Sprache der Bürger und Verwaltungssprache zusammenbringen
- Ganz wichtig: Einfache Sprache

- Sprache: Sollte nach Möglichkeit verständlich sein -> Unverständliche Sprache stellt eine Hürde dar für das Interesse und auch für die Mitgestaltungsmöglichkeiten des Bürgers.
- Frage/zu klären: Wie werden Bürger/innen einbezogen, die sprachliche Schwierigkeiten haben, ausländische Mitbürger, eingeschränkte Deutschkenntnisse gerade für komplizierte Informationen.
- Wenn die Website selbsterklärend ist, dann erleichtert es die Arbeit der Verwaltung, weil weniger Fragen kommen müssen. Bspw. FAQs, passende Verlinkungen zu bestimmten Fragen.
- Übersetzung von komplexen Inhalten in redaktionellen Beiträgen.
- Sprachsteuerung der Plattform.
- Niedrigschwellige Aufbereitung: Für möglichst viele Menschen zugänglich.
- Inhalte sollten selbsterklärend sein: Was ist mit Inhalten / Kategorien gemeint? (Erläuternde Inhalte / kontextbezogene Erläuterungen).
- "Sendung mit der Maus"-Stil.

Vernetzung der Informationen und Anbindung offline-Daten

- Vorhandene Quellen sollten einbezogen werden (Sitzungsprotokolle der Ausschüsse, Protokolle der Landtagssitzungen, statistische Daten des Stat. Landesamts).
- Vernetzung der Informationen untereinander sicherstellen.
- Informationsterminal auf lokaler Ebene: Fragen können als Postkarten eingeworfen werden, um dann eingescannt zu werden - Antwort kommt in Echtzeit.
- Nutzen der Bürgerbüros als Anlaufstelle, wo es beispielsweise Helfer gibt, die bei der Nutzung unterstützen.

Grafische und inhaltlich ansprechende Aufbereitung der Daten

- Der Aufbau der Seite sollte einheitlich sein, damit ein späterer Einbezug der Kommunen leicht möglich ist.
- Quellen der Zahlen, Daten, Fakten müssen auf der Seite ersichtlich sein. Wünschenswert wäre ebenso eine Bewertung der Daten von neutraler Stelle.
- protokollarisch, tabellarisch.
- Grafische Darstellung von Informationen bietet Orientierung, Verständlichkeit, Informationen sind leichter zu erfassen (z.B. Piktogramme).

- Bewegtbild - z.B. Erklärfilme.
- Format: Eine Standardformatierung (mit der fast jede/r umgehen kann) und Alternativen mit Rohdaten.
- Abbildung Fortschritt: Beispielsweise Entwicklung im Jahresvergleich – Zeitreihen.
- Beispiel für grafische Darstellung: Fortschrittsbalken für Umsetzungsstand von Projekten.
- Oberfläche muss bedienerfreundlich sein ("Oma-tauglich").
- "Virtuelle Figur", der man Fragen stellen kann, die Bitten erfüllt bspw. "Vorlesen" bei Seheinschränkungen oder Stichworte, Suchhinweise gibt.
- Standardisierte Maske, um Ideen zu Landesvorhaben einreichen zu können. Die eingegangenen Ideen müssen dann ebenso transparent gemacht werden.
- Erklärung und Einführung, Tutorial: Wie funktioniert die Seite, wie komme ich an Informationen etc.?

Ältere Menschen beteiligen

- Ältere Menschen müssen sich auch einbringen können.
- Idee, um Ältere einzubinden: Öffentlichkeitsarbeit und breite Information.
- Idee, um Ältere einzubinden: Ehrenamtler unterstützen Menschen, die Umgang mit Internet nicht gewohnt sind.

Ansprechpartner und Rückmeldefunktion, Ausbau zu einer Austauschplattform

- Anregung für Verständlichkeit: Ansprechpartner, an den man sich wenden kann bei Fragen, Querverweise auf weiterführende Informationen.
- Anregung: Forum einrichten für Verständnisfragen, Nachfragen der Bürger/innen --> sich gegenseitig helfen und Dopplungen verringern.
- Informationstelefonzelle: Mitarbeiter beantwortet Fragen.
- Kontrollfunktion (z.B. bei der verspäteten oder ggf. auch verweigerten Bereitstellung von Informationen): Gegenwärtig ist dafür der Landesdatenschutzbeauftragte vorgesehen. Problem: Geringe Ressourcenausstattung und kein Weisungsrecht. Vor der Beschreitung des gerichtlichen Wegs sollte es einen Ombudsbeauftragten o.ä. geben. Einfache Einschaltung über die Plattform.
- Informationen und Hilfestellung bei Problemen (z.B. rechtliche Hinweise, Ansprüche, Ansprechpartner) .

- Kommentar- und Feedbackfunktion integrieren (z.B. ein Forum).
- Forum einrichten und ermöglichen, dass Bürger untereinander sich als "Experten" für unterschiedliche Themen erkennen und unterstützen können.
- Hotline für lokale/regionale Ebene als Eingangspforte (Bsp.: 115).
- Es sind Schulungen für Mitarbeiter/innen in den Kommunen nötig, die als lokale Ansprechpartner/innen die Bürger/innen und andere Mitarbeiter/innen zur Plattform und den Möglichkeiten beraten.
- Hilfsangebote für Bürger (Informationen, FAQs, aber auch Ansprechpartner, Helpdesk) sind wichtig für eine möglichst breite Nutzung.

Langfristige Bereitstellung und Kontrolle der Daten

- Es ist wichtig, die Informationen langfristig zur Verfügung zu stellen (z.B. bei Bauwerken sind 30 Jahre nicht ausreichend).
- Vorgaben zur Langzeitarchivierung müssen auch hier technisch umgesetzt werden.

Schnelligkeit der Datenbereitstellung

- Schnelligkeit, gerade bei großen Datenmengen beachten ... , Ladegeschwindigkeit.

Kostenfreier Zugang und persönliche Anmeldemöglichkeit

- Alle Daten müssen für Bürger und Unternehmen kostenlos sein.
- Wird eine Registrierung auf der Plattform nötig sein?
- Wünschenswert wäre ein Nutzerkonto (Benutzerprofil), auf der die letzten Suchen etc. archiviert werden.
- Automatisierte E-Mail-Benachrichtigungen zu voreingestellten Themen (oder auch Newsfeed).

Systeme und Datenformate, Datenbeschaffenheit

- Systeme, die übergreifend sind und keine Insellösungen sind.
- Daten müssen validiert werden und in einer wissenschaftlich verantworteten Form aufbereitet sein.
- Mögliche Interessen, die hinter den Daten stehen könnten, sollten deutlich werden. (Wer interpretiert die Daten wie?).
- Die Daten müssen in offener, möglichst nicht proprietärer Form vorliegen. Datenformate sollen open source sein.

- Open Source - Exportfunktion, um Daten frei nutzbar zu machen.
- Internationale anschlussfähige, offene Lizenzen.
- Der Bürger muss die Informationen selber herunterladen und einsehen/nutzen können. Die Daten müssen maschinell weiter verarbeitbar sein.

Daten ggf. schrittweise zur Verfügung stellen

- Informationen sollten als erster Schritt so bereitgestellt werden, wie sie in der Verwaltung anfallen (Stichpunkt: Aufwand). Im zweiten Schritt sollte das überarbeitet werden (z.B. mit Hinblick auf Langzeit-Archivierbarkeit).

Keine Verwendungsbeschränkung

- Keine Verwendungsbeschränkung der Behörden-Daten zum Erreichen des maximalen Nutzens aus den Daten. Auch bei Geo-Daten.

5. Wie schafft es die Landesregierung, dass möglichst alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Transparenz-Plattform kennen und nutzen?

Werbung, Werbespots, Plakate

- Werbeschaltung bei Google wäre sinnvoll.
- Werbung: Plakate, Radio, Medienarbeit.
- Als "Wahlwerbespot" auch im Fernsehen zeigen.
- Plakatkampagne.
- Eine kontroverse, witzige Werbekampagne, die Neugierde weckt (à la: Die Zahl der Bestechungsfälle in der öffentlichen Verwaltung ist gestiegen).
- Werbekampagnen bei Volksfesten und Messeveranstaltungen.
- SWR, Regionalsender ... macht Sendebeitrag und erklärt den Hintergrund, die Vor- und Nachteile, macht auch transparent, wo es noch nicht perfekt ist, wo es sich noch entwickeln kann, und was jetzt bereits der Nutzen ist.
- Infomobile, die durch Städte fahren.
- Es muss neben Online-Medien auch Informationen über andere Kanäle geben (Plakate, Fernsehen, usw.) z.B. auch Sendung "Hierzuland".
- Ein eingängiger Werbeslogan soll die Plattform und deren Zweck kommunizieren.

- Einfache attraktive Einspieltrailer, Filme, um Hürden abzubauen ... Streuen in sozialen Medien, Interesse wecken, einfach und bildhaft kommunizieren.
- Hochqualitative Flyer, z.B. für Touristenbüros.
- Wettbewerb: Ersten 1.000 Nutzer erhalten Belohnung.
- Schaltungen im Rundfunk (kontrovers diskutiert).
- Infostände in großen Städten.

Soziale Netzwerke nutzen

- Soziale Netzwerke, Anzeigen dort schalten.
- Twitter nutzen, hier sind viele Politikinteressierte unterwegs.
- Über Facebook, Google+, Twitter, ... usw.: Es gibt eine eigene Seite des TG und über alle Neuerungen, Dateneinstellungen wird informiert.
- Die Plattform muss kommuniziert werden, über Wege und Medien, die die Leute verstehen (Blogs usw.).
- Erfolgsfälle als Beispiele für eine erfolgreiche Nutzung der Plattform kommunizieren. Virale Verbreitung.

Schulen und öffentliche Einrichtungen als Multiplikatoren nutzen

- Öffentliche Einrichtungen einbeziehen: Schulen, Kindergärten.
- Multiplikatoren einbeziehen: Seniorenzentren.
- Zielgruppen gerichtete Kommunikation über Multiplikatoren, bspw. VHS-Kurse.
- Workshops in Schulen, Pflicht in Schulen ...
- Weiterleitung an Seniorenvertretungen, Freiwilligenagenturen, die Plattform in die Fläche tragen.
- Nutzen von Verwaltungseinrichtungen auf lokaler Ebene.
- Prozesseinführung durch Universitäten (bspw. Masterarbeiten).
- Jugendverbände einbeziehen.
- In öffentlichen Bibliotheken und in Ämtern "Bürger-Terminals" einrichten.

Personen (Politiker, Referenten) als Multiplikatoren

- Alle Bürgermeister / alle Amtsblätter veröffentlichen entsprechende Informationen und geben diese an die Lokalpresse und Rundfunkanstalten weiter.

- Drüber sprechen ... Auch/gerade Politiker sollten darüber sprechen ... bis hin zur kommunalen Ebene ... im Bürgerservicecenter/-büro.
- Referentenpool, der angefragt werden kann.
- Zielgruppe für die Nutzung der Plattform im Auge behalten. Nicht alle werden komplett in der Breite die Plattform intensiv nutzen. Multiplikatoren (aus der Zivilgesellschaft), die zum Thema und der Technologie affin sind, nutzen, um mehr Menschen um sie herum zu erreichen.
- Parteien einbinden.

Bekanntmachung der Plattform ist wichtig!

- Wichtig, die Möglichkeiten der Transparenzplattform bekannt zu machen.
- Transparent machen / zugeben, dass es auch noch nicht perfekt ist.

Imagefilm

- Imagevideo auf Behördenplattform.
- Imagevideo zum Verlinken auf Vereinsseiten - jeder, der Landeszuschüsse erhält, soll auf Website werben - Alternative: Jeder der wirbt, wird gefördert.

Veranstaltung und öffentliche Beteiligung

- Veranstaltungen in jedem Landkreis, um die Bevölkerung über die Plattform zu informieren.
- Veranstaltungen: Das Format der Bürgerwerkstatt weiterführen und Informationen zum praktischen Umgang vermitteln.

Veranstaltungen in Schulen und Beteiligung Jüngerer

- Tool für Berufsschulen / Lehrbereich: Junge Leute werden an das Transparenzgesetz herangeführt.
- Schulen sollen Facharbeiten zum Thema Transparenz / Transparenzgesetz schreiben.
- Inhalte des Transparenzgesetzes in Sozialkundeunterricht.
- Workshops und Veranstaltungen bspw. in Schulen, weil man da auch gleich Interesse für andere Bereiche / Inhalte transportieren und wecken kann.
- Schulwettbewerb: Auseinandersetzung mit Thematik und fördert Qualität.
- Thementagungen für Schülerzeitungen.

Personal bereit stellen und Ausbildung von Mentorenteams

- Ausbildung von Mentorenteams: Bekannte Gesichter in den Kommunen, die dort über die Plattform informieren (bspw. Volkshochschulen) - inkl. Standard-Vortragsset / Bewegtbildern zur Erstinformation.
- Mehr Personal für Informationsfreiheitsbeauftragten zur Verfügung stellen.

Informationen in der Presse

- Hinweise in amtlichen Mitteilungsblättern
- In der lokalen Presse eine regelmäßige Rubrik "Was gibt es aktuell auf der Transparenz-Plattform?"

Aufbereitung im Web

- Auf allen Behörden-Internet-Seiten einen entsprechenden Icon platzieren.
- Auf den Startseiten der Städte in RLP einen Hinweis zur Plattform zeigen.
- Plattform muss eine Mitwirkungsmöglichkeit bieten, dann wird sie genutzt werden. Dabei könnte auch darüber nachgedacht werden, bspw. die Quoren bei Bürgerbegehren herunter zu setzen.
- Gründung einer Querulantenplattform / Mecker-Ecke.
- Die Informationen auf der Seite müssen mit Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten verknüpft werden, um die Möglichkeit einzuräumen, auch materiell auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu gewinnen.
- Gehe auf Transparenz.de - eine gängige Internet-Adresse, Verlinkung, ... herstellen. Willkommen in RLP - Info zu TG ergänzen.
- Aktive Informationspflicht zur breiten Ankündigung der Plattform für alle Behörden usw.

Formulierungen und Hemmnisse abbauen

- Alltagsbezug herstellen.
- Provokativ, frech, ...
- Neuer Vorschlag: "Ein Klick - Durchblick" oder "zum Durchblick" ("Ein Blick" ist zu wenig) Der Bürger solle es ja DURCHschauen.
- Botschaften kontrovers / provokant formulieren: Wäre das Problem mit dem Nürburg-Ring mit dem Transparenzgesetz aufgekommen?!

Weitere Anmerkungen

- Prozess zur partizipativen Erarbeitung des Transparenzgesetzes sollte ein Vorbild auch für andere Gesetzgebungsverfahren sein.
- Der Gedanke, aus der "Holschuld" der Regierung eine "Bringschuld" zu machen, ist sehr begrüßenswert.
- Frustrationen müssen vermieden werden (wer einmal von der Plattform enttäuscht wird, kommt nicht wieder und rät auch anderen in seinem Umfeld ab).
- Akademische Begleitung zur Begleitung und Evaluation.
- Evaluation über Auswirkungen des Transparenzgesetzes (Analysen, Messungen).
- Herausstellen, dass RLP nach Hamburg das zweite, als Flächenland das erste Bundesland mit einem Transparenzgesetz ist.
- Anmerkung: Qualitätsmanagement im Blick haben.
- Vermutlich kann nur ein bestimmter Prozentsatz an Interessierten erreicht werden. Dies zeigt die Erfahrung z.B. auch in Vereinen. Deswegen ist der Anspruch "möglichst alle" evtl. zu hoch gegriffen.

Anhang 2: Zusätzliche Beiträge über ideactive

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, die nicht vor Ort dabei sein konnten, hatten die Möglichkeit, die Bürgerwerkstatt live auf www.transparenzgesetz.rlp.de mitzuverfolgen und über ideactive ebenfalls Fragen einzuspielen. Zusätzlich konnte online auch noch in den beiden Tagen nach der Veranstaltung weiter kommentiert werden.

Welche Fragen haben Sie an die Referenten des heutigen Tages?

a) Fragen, vom Moderator gestellt:

- Wird es Schnittstellen zu Mandatssystemen der Gemeinden und Kreise geben? Z.B. Mandatos? Wenn es solche Schnittstellen gibt, könnten Gemeinden ihre Informationen ... fast ohne Zusatzkosten ... veröffentlichen. Vorschlag: Gemeinden, die so was betreiben, sollen einstellen müssen!
- Wird es eine Feedbackfunktion geben, falls Informationen der Plattform unvollständig oder unrichtig sind? Beispiel: Der Informationsstand der Landesgremien zum Stand des Internetausbaus in RLP ist ca. 12 Monate alt.

b) Nicht gestellte Fragen:

- Ist jemand vom Teilprojekt Technik da? Mit diesem könnte man doch mal über Schnittstellen reden, ohne alle zu langweilen.
- Wie kann das Gesetz den sozialen Lebensraum in strukturschwachen Gegenden für den Arbeitsplatz oder den Altersruhesitz interessant gestalten? Welchen Mehrwert hat der Nutzer?
- Kann das Gesetz die Attraktivität einer Region/Kommune beeinflussen?
- Ist die Absicht, mit dem Gesetz Einfluss auf Strukturen im ländlichen Raum zu nehmen?
- Werden die Kommunen und alle öffentlichen Einrichtungen zur Einrichtung und Nutzung eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes verpflichtet?
- Wird der Livestream als Video im Nachgang nochmals verfügbar sein? Wäre klasse wenn wir nochmals "Nachschau" halten könnten.

Welche Kommentare oder Fragen haben Sie zu Diskussionsbeiträgen an den Tischen?

- Wie kann das Gesetz das soziale Leben einbinden und dadurch einen persönlichen Mehrwert für die ältere Generation aufbauen?
- Ohne eine - flächendeckende - Einbindung der Kommunen wäre der Informationsgehalt der Transparenzplattform m.E. nur sehr eingeschränkt, denn die Menschen benötigen vor allem die Informationen, die sich auf ihr unmittelbares Lebensumfeld beziehen - vgl. auch den Erklärfilm.
- Vor diesem Hintergrund frage ich: Führt die Landesregierung alsbald - und wann - Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, auch natürlich unter dem Gesichtspunkt der Konnexität? MPin Dreyer hatte in der Eröffnungsveranstaltung zur Bürgerbeteiligung auf eine

entsprechende Frage von Herrn Ernst Beucher (Geschäftsführer des Landkreistags) zugesagt, dass diesbezügliche Kosten - und deren Erstattung - (ggf. im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs) nicht die zentrale Frage / kein no-go-Kriterium - seien.

- Vorschlag: Teilnehmer vom heutigen Tag als Multiplikatoren ausbilden. Höhere Durchdringung und Akzeptanz.

Welche Hinweise und Kommentare haben Sie im Nachgang zur Bürgerwerkstatt?

- Wie kann man das Gesetz unter die Bürger bringen? Also möglichst vielen Menschen, die ein Grundinteresse daran haben, das Gesetz nahe bringen?
- Mir wäre es wichtig zu erfahren, welche Vorschläge und Ideen aus der Bürgerbeteiligung und den Workshops in Vergleich zum Ministerialentwurf eingeflossen sind.
- Zum vorliegenden Referentenentwurf: Wozu findet sich in §2 noch die Unterscheidung zwischen automatisch bereitgestellter und bedingungslos auf Antrag bereitgestellter Information? Bezieht sich diese Unterscheidung lediglich auf Altinformationen, die nicht auf der Plattform vorliegen, oder welche weiteren Gründe gibt es dafür?
- Zum Referentenentwurf: In §(1) werden Gemeinden und Gemeindeverbände als Pflichteinsteller genannt. Dies ist aber nicht zulässig, da es die GemO nicht fordert, und die Gemeinden/-verbände selber darüber entscheiden müssen.
- Transparenz per Gesetz von Ausschreibungen bis Zuwendungsbescheiden kann Konflikte von Mitarbeitern und Beamten lösen, die ansonsten von innerer Kündigung bis zum Burnout führen.
- Ich fände es prima, wenn die Daten aus Geo-Engineering oder Climate Engineering veröffentlicht würden. Dazu gehört die vollständige Zusammensetzung der Luftwerte, welche landesweit erfasst werden. Selbstverständlich ohne jede Ausnahme oder Deckelung bzw. Nichterfassung von minimalen Mengen.
- Es zieht sich wohl wie ein roter Faden durch die gesamte Bürgerwerkstatt, dass die Teilnehmer mehrheitlich der Meinung waren, ohne verbindliche Beteiligung der Kommunen kann man das Gesetz als bürgerfern einstufen und glatt vergessen.
- Meinen herzlichen Dank an Frau Monika Fuhr, die uns heute in der Staatskanzlei in bezaubernder Art draußen auf dem Hof schon hilfreich zu Seite stand. Netter kann man wohl nicht begrüßt werden. Als Bürger empfinde ich es als einen ungeheuren Vertrauensbeweis, dass die Landesregierung dem größten Hemmnis einer Wiederwahl 2016 = der Politikverdrossenheit mit aktiver Bürgerbeteiligung entgegenwirkt.